

am 29.9.1989 in Düsseldorf auf „Vorschlag der SED“ stattgefundenen „wissenschaftlichen Meinungs-austausch“ zwischen Gesellschaftswissenschaftlern der DDR und rund 60 Vertretern der DKP, darunter zahlreichen Anhängern der Parteiopposition, zu „Fragen der Entwicklung des Sozialismus“ sowie der „Rolle und dem Platz einer kommunistischen Partei in der BRD“ brachen alle internen Probleme und auch Widersprüche zwischen SED und DKP erneut auf. Herbert Mies machte den SED-Abgesandten deutlich, daß „ein Teil der Mitglieder und Funktionäre der DKP sich für die Durchführung von Reformen in der DDR ausspreche“. Der Stoß der Kritik richte sich auf die Führung der SED und würde sich in massiven Angriffen gegen das Präsidium der DKP „abladen“. Die Mitglieder des Präsidiums kämen so „mehr und mehr in eine Stellvertreterrolle für die Führung der SED“. Diese Position, so der offizielle Bericht, sei „seitens der Genossen der SED entschieden zurückgewiesen“ worden. Resignierend erklärte der DKP-Vorsitzende, daß mit der „Verfestigung von Strömungen de facto bereits eine Partei in der Partei“ existiere und alles auf eine Spaltung hintreibe.⁵¹ Der Interventionsapparat in Auflösung – zeitgleich mit dem unaufhaltsamen Niedergang der Mutterpartei.

Noch einmal trafen sich Hermann Axen und Ellen Weber am 26.10.1989 im Hause des ZK der SED, 8 Tage nach der Ablösung Honeckers und 14 Tage vor dem kollektiven Rücktritt des gesamten bisherigen Politbüros. Beide gaben sich nun als Reformer zu erkennen (Weber: „man habe sich diese Offenheit bereits zu einem früheren Zeitpunkt gewünscht“; Axen: „es gehe um eine neue Qualität der Offenheit..., um mehr Sozialismus und Demokratie“) und versicherten sich gegenseitig der „engen Kampf-gemeinschaft“ ihrer Parteien. Darin eingeschlossen, so Axen, wären sowohl die „Festigung der solidarischen Verbundenheit als auch die Entwicklung noch größerer Selbständigkeit der DKP bei der Erfüllung ihrer historischen Aufgaben“.⁵²

Doch zu solcherart Übungen sollte es nicht mehr kommen. Mit ihrem Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 mutierte die SED zur PDS, auf ihrem Parteitag im März 1990 grenzte sich die DKP bewußt von den SED-Erben ab.

II. *Bezirksanleitung und Bezirkspatenschaften*

Verbindungen ost- und westdeutscher Parteiverbände von KPD, DKP und SED hatten eine lange Geschichte; sie reicht zurück bis zum Wiederaufbau der KPD als zunächst gesamt-nationaler Organisation nach 1945. Am 14.2.1947, im Zusammenhang mit dem Beschluß der Zonenvorstände der KPD und des

51 Ebenda, I IV 2/2.035/117.

52 Ebenda.

Parteivorstandes der SED auf Bildung der „Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft“, wurden zwischen Landesparteiorganisationen von SED und KPD sogenannte „Patenschaften“ geschaffen: Sachsen mit Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt mit Niedersachsen und Württemberg-Rheinpfalz, Thüringen mit Hessen und Württemberg-Hohenzollern, Mecklenburg mit Wasserkante und Bremen, Brandenburg mit Württemberg-Baden.⁵³ Ging es der SED damit noch darum, „eine der Voraussetzungen zu schaffen für die Bildung einer einheitlichen sozialistischen Partei in ganz Deutschland“⁵⁴, so wurden diese auch nach Bildung eines Parteivorstandes und eines formal existierenden Parteiverbandes im Ergebnis der Herner Konferenz der KPD vom 27.4.1948 sowie der Bestätigung der „Trennung des organisatorischen Verhältnisses zwischen SED und KPD“ durch die 1. Parteikonferenz der SED am 25.-28.1.1948⁵⁵ beibehalten. Sie wurden entsprechend den konkreten Bedingungen und des jeweiligen deutschlandpolitischen Kalküls verstärkt oder verringert, nach Gründung der beiden deutschen Staaten der Struktur der bundesdeutschen Länder und der DDR-Bezirke gemäß modifiziert, blieben auch maßgebend nach dem Verbot der KPD 1956, im übrigen vor allem danach auf den Bezugsbenen Gewerkschaften und SPD, aber stets mit der gleichen regionalen Ausrichtung. Die SED verfügte somit über ein in Jahrzehnten gewachsenes, mit hohem materiellen und personellen Aufwand betriebenes Netz systematischer Einflußmöglichkeiten, das sie zu keinem Zeitpunkt vernachlässigte und auf das sie jederzeit zurückgreifen konnte.⁵⁶

1. *Die Beziehungen von SED und DKP auf Bezirksebene*

Mit der Neukonstituierung der DKP 1968 wurden die Verbindungen wieder auf eine offizielle Grundlage gestellt, obwohl sie nach wie vor intern behandelt wurden. Seitdem und insbesondere nach der Statutenänderung durch den Hamburger Parteitag der DKP 1973, mit der die neben den Bezirksorganisationen noch bestehenden Landesorganisationen abgeschafft worden waren, existierten entsprechend den SED-Bezirksparteiorganisationen und den DKP-Bezirken diese Beziehungen: Rostock mit Hamburg, Neubrandenburg mit Schleswig-Holstein, Schwerin mit Bremen/Niedersachsen-Nordwest, Frankfurt/Oder und Erfurt mit Hessen, Potsdam mit Rheinland-Pfalz, Magdeburg mit Niedersachsen, Cottbus mit dem Saarland, Leipzig und Halle mit Ruhr-Westfalen,

53 Vgl. Dietrich Staritz: Die Kommunistische Partei Deutschlands. In: Richard Stöss (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. Sonderausgabe Band 3: EAP bis KSP. Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen 1986, S. 1756.

54 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Band 1, Berlin 1948, S. 149.

55 Vgl. Protokoll der Ersten Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 25.-28. Januar 1949 im Hause der Deutschen Wirtschaftscommission zu Berlin. Berlin 1949, S. 549.

56 Vgl. Jochen Staadt: Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation. Akademie-Verlag Berlin 1993, S. 10, 34, 96 ff, 122 ff, 165 f, 213 ff, 222 ff, 246/247, 282 f.

Dresden mit Baden-Württemberg, Karl-Marx-Stadt mit Rheinland-Westfalen, Gera mit Südbayern, Suhl mit Nordbayern. Berlin(Ost) war verantwortlich für die SEW-Organisation in Berlin(West).

2. Die Leitungsebenen

Analog der Westkommission beim Politbüro sowie der Westabteilung des ZK existierten auf Bezirksebene Kommissionen für Westarbeit der Bezirksleitungen, denen als Mitglieder die jeweiligen Sekretäre für Agitation und Propaganda sowie für Kultur und Volksbildung der SED-Bezirksleitungen, der Leiter der Ideologischen Kommission der Bezirksleitung (soweit diese noch bestand), die Sekretäre des Bezirksausschusses der Nationalen Front und des Bezirksvorstandes des FDGB, der 2. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung sowie ein für Westarbeit verantwortlicher politischer Mitarbeiter der Bezirksleitung angehörten. Die Kommissionen tagten in der Regel quartalsweise und behandelten mehr oder weniger grundsätzliche Fragen; eine besondere Bedeutung erlangten sie allerdings nicht. Viel wichtiger waren da schon die dem Sekretär für Agitation und Propaganda unterstehenden und den Abteilungen für Agitation und Propaganda angeschlossenen Sektoren für Westarbeit (in der Struktur gleichbleibend mit einem Leiter und zwei politischen Mitarbeitern), ab 1984 unter der irreführenden Bezeichnung „Parteibeziehungen“. Sie waren in Abstimmung und nach Weisung der entsprechenden ZK-Abteilung für die Planung, Koordinierung und operative Leitung der gesamten Westarbeit des Bezirkes zuständig. Ihnen zugeordnet waren die sogenannte „Wissenschaftliche Arbeitsgruppe“, die mit der Erarbeitung analytischen Materials für den entsprechenden Partnerbezirk befaßt war, die Arbeitsgruppe „Koordinierung“, in der die Verantwortlichen für Westarbeit von FDGB, FDJ, Nationaler Front, VdgB und Konsumgenossenschaft vertreten waren und in der es um Anleitungs-, Kontroll- und Abstimmungsfragen ging, sowie schließlich eine Arbeitsgruppe, die die sehr umfangreiche und aufwendig betriebene Kinderferiengestaltung zu organisieren hatte. Auch auf Kreisebene existierten zunächst Kommissionen für Westarbeit, ab 1965 ehrenamtliche Arbeitsgruppen für Westarbeit, in den jeweiligen Abteilungen für Agitation und Propaganda der SED-Kreisleitungen war ein politischer Mitarbeiter dafür zuständig.⁵⁷

Die aufgeschlüsselten Positionen der Finanzplanung der SED (in Tausend Mark) für die Jahre 1979,1980,1982 und 1983 (nur für diese waren sie

⁵⁷ Vorpommersches Landesarchiv Greifswald, Bezirksleitung der SED Rostock (im folgenden: VLarchG, BL SED Ro., IV/E/2.3/56 u. ff.); Vgl. auch Jochen Staadt, a.a.O., S. 142–144.

einzelnen ausgewiesen) machen den besonderen Stellenwert der Westarbeit auf Bezirksebene deutlich⁵⁸:

	1979		1980	
	ZK	BL	ZK	BL
Westarbeit	250.0	1.905.0	240.0	1.965.0
Verkehr I		8.524.0		7.000.0
Verkehr II		865.0		747.0
Verfügungs- fonds d. Abt.-Leiters		120.0		120.0
	1982		1983	
	ZK	BL	ZK	BL
Westarbeit	180.0	2.012.0	150.0	2.110.0
Verkehr I		9.550.0		11.150.0

Aus dem Finanzplan 1981 der Bezirksparteiorganisation Rostock der SED geht hervor, daß in diesem Jahr für die Position Westarbeit 200.000,- Mark vorgesehen wurden (zum Vergleich: die „Politischen Ausgaben“ der gesamten, immerhin ca. 116 000 Parteimitglieder zählenden Bezirksparteiorganisation beliefen sich insgesamt auf nur 3 Mill. Mark).⁵⁹

3. Inhalt und Formen bezirklicher Westarbeit

Grundsätzlich hatten sich die Beziehungen zwischen SED- und DKP-Bezirken in die alljährlich vom Sekretariat des ZK der SED beschlossenen „Pläne der Zusammenarbeit zwischen der SED und der DKP bzw. SEW“ einzuordnen.⁶⁰ Diese gaben allerdings lediglich vor, welche zentrale Studiendelegation mit welcher Thematik welchen DDR-Bezirk besuchen sollte, ansonsten hatten die Bezirksleitungen jeweils mit ihren Partnern den Austausch von Delegationen zu planen, wengleich mit konkreten Vorgaben, was Teilnehmerkreis und Inhalte betraf. Die Details beschlossenen die Sekretariate der Bezirksleitungen ebenfalls alljährlich in speziellen „Arbeitsprogrammen für die Westarbeit“, die als ständige besondere Schwerpunkte die „allseitige Unterstützung“ der DKP, die Arbeit mit den Studiendelegationen (ca. 15–20 im Jahr waren „reine“ DKP-Gruppen aus Kreis-, Wohn- oder Betriebsgruppen, insgesamt wurden pro Bezirk ca. 50 im Jahr mit Hunderten von Teilnehmern „betreut“,

58 Zusammengestellt nach: Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR – Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv (im folgenden: SAPMO-BArch, ZPA), I IV 2/3A-3413; I IV 2/3A-3888; I IV 2/3A/4191; I IV 2/3A/4344; I IV 2/3A/4627; I IV 2/3A/4796; I IV 2/3A/4770. Errechnet nach den jeweiligen „Gesamtfinanzierungsplänen“ der SED. Die Besonderheiten der ausgewiesenen Positionen „Verkehr I“ und „Verkehr II“ waren noch nicht zu ermitteln. Alle Beträge dürften in Mark der DDR zu verstehen sein.

59 VLarchG, BL SED Ro., IV/E/2.3/53.

60 Vgl. auch Teil I. der Expertise.

darunter etwa zur Hälfte DKP-Mitglieder) und propagandistische Tätigkeit im „Einflußgebiet“ sowie schließlich die „hauptsächlich individuelle Arbeit“ mit sogenannten „progressiven Kräften“ auswies. Die DKP-Hilfe umfaßte darüber hinaus regelmäßige „Konsultationsgespräche der Beauftragten beider Sekretariate“, Erholungsaufenthalte und gesundheitliche Betreuung für leitende Funktionäre sowie „materielle Hilfe“, insbesondere in Form von Parteiliteratur (1975 im Bezirk Rostock im Wert von 8.000,- Mark). Doch der tatsächliche Umfang und die Intensität der „Partnerschaften“ ging weit über das in den Programmen oder Berichten Niedergelegte hinaus. „Der Hilfe und Unterstützung der DKP und der eng mit ihr verbundenen Organisationen gilt der Vorrang der gesamten Westarbeit unserer Partei und der Massenorganisationen“, hieß es im „Arbeitsprogramm“ der SED-Bezirksleitung Rostock für 1973.⁶¹ Am Beispiel der Verbindung Rostock mit Hamburg hat der Schriftsteller Peter Schütt, langjähriges Mitglied des DKP-Parteivorstandes, seine sehr negativen Erfahrungen mit Kadern der SED-Westarbeit, ihren fragwürdigen Praktiken und der massiven Indoktrination beschrieben. Deutlich wird auch die offensichtliche personelle und sachliche Verquickung mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR.⁶² Auch Herbert Mies gab nach Ende der SED-Herrschaft zu: „Daß es in einem engen und sehr helfenden Verhältnis, das von Hunderten DKP-Delegationen, Teilnehmerinnen und Teilnehmern an unseren Lehrgängen in Bildungseinrichtungen der SED, in den Partnerschaften von Bezirken und Kreisen der DKP mit Bezirken und Kreisen der SED mitvollzogen worden ist, auch Spannungen gab, haben wir und ich persönlich der Partei nie bekanntgemacht. Diese Spannungen ergaben sich nicht zuletzt aus . . . einer angemessenen Führungsrolle gegenüber der DKP.“⁶³

4. Die „operative Tätigkeit“

In den fünfziger und sechziger Jahren, unter halblegalen und illegalen Bedingungen, hatte die „operative Tätigkeit“ im „Wirkungsbereich“ oder „Einflußgebiet“, wie sie nebulös genannt wurde, naturgemäß einen hohen Stellenwert. Bestimmte Formen blieben auch noch in den frühen siebziger Jahren charakteristisch:

- die „hauptsächlich individuelle Arbeit“ mit Personen aus SPD- und Gewerkschaftskreisen, um so auf deren „Differenzierungsprozeß“ Einfluß zu nehmen
- die Organisierung sogenannter „marxistischer Zirkel“

61 VLarchG, BL SED Ro., IV/C/2.10/560.

62 Vgl. Peter Schütt: Nachruf auf den Genossen Schorsch. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.1.1992. – Vgl. dazu auch die Replik von Dr. sc. Wolfgang Methling, Rostock: Genosse Schorsch war geschätzter Gesprächspartner. In: Ebenda, 6.2.1992.

63 „Unsere Zeit“, Eigenbeilage, 20.12.1989, S. 8.

- die Durchführung mehr oder weniger öffentlicher Veranstaltungen zum Zwecke der „Sozialismuspropaganda“

Während die ersten beiden jedoch nach und nach in den Hintergrund traten (1973 existierten im Großraum Hamburg noch 14 von der SED monatlich zumeist einmal veranstaltete „marxistische Zirkel“; an ihre Stelle trat dann die „Marxistische Arbeiterbildung“), rückte etwa ab Mitte der siebziger Jahre die sogenannte „offensive Sozialismuspropaganda“ zu unterschiedlichen Themenbereichen aus der „realsozialistischen“ DDR in den Mittelpunkt dieser Einflußtätigkeit. 1973 sollen dazu, so die offizielle Berichterstattung, durch sämtliche Bezirksparteiorganisationen der SED in der gesamten Bundesrepublik 758 Veranstaltungen mit 23.150 Teilnehmern durchgeführt worden sein (zum Vergleich: auf die Bezirksparteiorganisation Rostock entfielen im gleichen Jahr im Partnerbezirk Hamburg 73 Veranstaltungen mit 2.503 Zuhörern). Aber auch diese wurden immer weiter eingeschränkt: 1978 hatte sich die Zahl (wiederum auf die gesamte Bundesrepublik bezogen) auf 197 Veranstaltungen mit lediglich noch 6.570 Teilnehmern verringert; Rostock konnte gar keine mehr melden.⁶⁴ Anfang der achtziger Jahre wurde diese Aktivität dann völlig eingestellt. Offiziell begründet wurde dies mit der beträchtlichen Zunahme von Studiendelegationen in die DDR; vermutet werden kann gleichzeitig, daß es offenkundig immer schwieriger wurde, einen entsprechenden Zuhörerkeris – selbst unter ansonsten gutwilligen DKP-Genossen – für die meist vordergründig agitierenden SED-Propagandisten zu rekrutieren.

5. *Kader und Schulung*

Träger der „operativen Tätigkeit“ waren zunächst fast ausschließlich die sogenannten „Einsatzkader“. Dies war eine Kategorie sorgfältig ausgewählter, politisch verlässlicher und vom Ministerium für Staatssicherheit „bestätigter“, meist in mittleren Leitungsfunktionen (Schuldirektoren, Wissenschaftler von Akademieinstituten, Universitäten und Fachschulen, LPG-Vorsitzende, Redakteure von SED-Bezirkszeitungen usw.) befindlicher Nomenklaturkader, deren Zahl, bezogen auf die gesamte DDR, in den sechziger und siebziger Jahren in die Hunderte gegangen sein dürfte.⁶⁵ Sie hatten sowohl persönliche Verbindungsaufnahme und -pflege zu betreiben als auch – je nach Auftrag – an öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen oder auf diesen aufzutreten. Stets wurden zwei Einsatzkader gemeinsam entsandt. Zumeist reisten sie mit einer Legende; ihre Herkunft und Aufgabenstellung dürfte den Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik, wie die jährlich veröffentlichten Verfassungsschutzberichte ausweisen, zumeist bekannt gewesen sein. Nach der Rückkehr hatten

⁶⁴ SAPMO-BArch, ZPA, vorl. SED, 26714; VLarchG, BL SED Ro., IV/D/2.9/572.

⁶⁵ Vgl. dazu auch Jochen Staadt, a.a.O., S. 33. Staadt spricht für das Jahr von insgesamt „2.000 Reisekadern“ (S. 284). Diese Zahl wäre zu differenzieren.

sie in mehrfacher Ausführung detaillierte Berichte (mit den Schwerpunkten Diskussionen, Einschätzung der eigenen Vorbereitung und des Auftretens, Fragen der Sicherheit einschließlich einer gesonderten Anlage zum Kontrollverfahren an der Grenze) an das ZK und die Bezirksleitung einzureichen. Der Sektor Westarbeit der Bezirksleitung war verpflichtet, dazu eine den Betroffenen nicht bekanntzumachende Stellungnahme zu verfassen. Von einer wirksamen Gegenkontrolle der Einsatzkader auf unterschiedliche Weise kann zumeist ausgegangen werden. Ihre „Einsatzfähigkeit“ wurde beständig geprüft, regelmäßige mehrtägige Schulungen auf ZK- oder Bezirksebene dienten dazu, sie „exakt und individuell vorzubereiten“.⁶⁶ Bereits 1969 hatte die Westabteilung unter anderem ihre Aufnahme in die Kontrollnomenklatur der Sekretariate der SED-Bezirksleitungen veranlaßt.⁶⁷ Zugleich wurde es offensichtlich immer schwieriger, geeignete Kader zu finden. So wurden 1977 im Bezirk Rostock von 20 von der SED-Bezirksleitung vorgeschlagenen (!) lediglich 12 durch das Ministerium für Staatssicherheit „bestätigt“, wobei es dann auch blieb. 1979 wurden spezielle „Kriterien für Einsatzkader“ ausgearbeitet, die auf eine weitere Instrumentalisierung durch den Sicherheitsapparat schließen lassen. Dem entsprach im übrigen auch ein subtiles „System der materiellen Anerkennung.“⁶⁸ Den Kreis der „Westarbeiter“ komplettierten schließlich die „Gesprächspartner“ und „Betreuer“ westdeutscher Studiendelegationen und anderweitiger Besucher, basierend auf einem Beschluß des Sekretariats des ZK vom 5.7.1972 „Zur politischen Arbeit mit Besuchern aus der BRD und Westberlin“.⁶⁹ Am 10.2.1981 forderte der Sekretär für Agitation und Propaganda der SED-Bezirksleitung Rostock: „Noch überzeugender die Wahrheit über den realen Sozialismus zu verbreiten, offensiv unsere Politik im Interesse des Friedens und Humanismus zu erläutern, wirksam den Antikommunismus zu bekämpfen, das ist der Auftrag an unsere Gesprächspartner und Betreuer von Studiendelegationen aus der BRD.“⁷⁰ Deren Kreis war gerade Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre entschieden ausgeweitet worden, ein entsprechender Beschluß des Sekretariats der Bezirksleitung Rostock vom 20.6.1979 belegt dies. Danach war ein solcher „Kaderstamm“ „zielgerichtet“ auszuwählen und zu entwickeln, galt der Verbesserung der Qualität und Effektivität ihrer Schulung ganz besondere Aufmerksamkeit. Darüber hinaus – wohl, um stets vor peinlichen Überraschungen gefeit zu sein – mußten nun auch all jene Wohnbezirke, Hausgemeinschaften, Arbeiterfamilien (!) und Jugendklubs, in denen die „Vorzüge des Sozialismus“ „beweiskräftig“ demonstriert werden sollten, durch das Sekretariat der SED-Bezirksleitung bestätigt werden.⁷¹

66 Vgl. u. a. VLarchG, BL SED Ro., IV/D/2.9/572.

67 Vgl. Jochen Staadt, a.a.O., S. 284.

68 Vgl. ebenda; VLarchG, BL SED Ro., IV/D/2.3/121, IV/D/2.9/572.

69 Vgl. ebenda, IV/C/2.10/560.

70 Vgl. ebenda, IV/D/2.9/572.

71 Vgl. ebenda, IV/D/2.3/121.

Letztendlich verfügte die SED in den siebziger und achtziger Jahren über einen latent überwachten, beständig motivierten und planmäßig geschulten Funktionärskader der Westarbeit, der für die Perspektive, möglicherweise auch zur operativen Auffüllung des bundesrepublikanischen Interventionsapparates, jederzeit zur Verfügung stand.

6. *Bezirksbeziehungen nach 1987*

In einer Information der ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft über „Aussagen zur DKP, SEW und SED im ‘Verfassungsschutzbericht 84‘“ vom 23.5.1985 war unter anderem besonders vermerkt worden, hierin seien erstmals konkret die SED-Bezirksleitungen und die ihnen als „Patenbezirke zugewiesenen“ Bezirksparteiorganisationen der DKP aufgelistet worden. Auch sei die DKP „nicht mehr vordergründig als ‘Agentur‘ von KPdSU und SED“ bezeichnet worden.⁷²

1987, mit dem Ausbruch der offenen Krise der DKP, erhielten diese Feststellungen eine besondere Aktualität. Es ist ganz offensichtlich, daß die Rolle der Bezirksbeziehungen (natürlich auch aus Sicht der SED-Führung) in dem Maße stieg, wie die Probleme in den DKP-Bezirken zunahmen; die Parteiopposition konnte sich naturgemäß zuerst hier und nicht in dem von Ost-Berlin beherrschten Düsseldorfer Parteivorstand und dessen Apparat artikulieren und Kräfte sammeln. Die SED-Spitze reagierte auch hier rasch und in gewohnt massiver Weise. Im Dezember 1987 wurden alle Sekretariate der SED-Bezirksleitungen verpflichtet, mit den jeweiligen Partnersekretariaten der DKP „gründliche Beratungen zu aktuellen Fragen der Politik, insbesondere zu Fragen der Propagierung der Werte und Vorzüge des Sozialismus in der DDR“ durchzuführen. Allein bis Ende 1987 sollen sich ca. 4.000 Mitglieder von DKP-Bezirken in der DDR aufgehalten haben.⁷³ Der „Plan der Zusammenarbeit...“ für 1988 verpflichtete die SED-Bezirksleitungen in neuer Ausführlichkeit dazu, den Fragen der „Führungs- und Leitungstätigkeit“, der „planmäßigen Kaderentwicklung“ sowie dem „Meinungs- und Erfahrungsaustausch“ besondere Aufmerksamkeit zu widmen.⁷⁴ Systematisch sollten so offensichtlich regionale DKP-Funktionäre beeinflußt und eine SED-gemäße Mehrheit in den Bezirken gesichert werden, zumal eine „starke Vernachlässigung der Führungsverantwortung des Präsidiums und Sekretariats gegenüber den Bezirks- und Kreisvorständen“ kritisiert wurde.⁷⁵ Das schloß freilich auch die Möglichkeit ein, jederzeit geeignete personelle Alternativen zur derzeitigen DKP-Führung zu präsentieren bzw. diese systematisch unter Druck zu setzen.

72 Vgl. SAPMO-BArch, ZPA, vorl. SED 37069.

73 Vgl. ebenda, IV 2/2.035/76.

74 Vgl. ebenda, IV 2/3A/4648.

75 Vgl. ebenda, IV 2/2.035/76.

DKP-Präsidiumsmitglied Heinz Stehr bekräftigte am 30.3.1989 gegenüber Hermann Axen die Tatsache, „viele werde in den Bezirken eigenständig entschieden“, und die zuständige ZK-Abteilung hob hervor, die zahlreichen Gespräche hätten des weiteren sichtbar werden lassen, daß eine Reihe von Bezirksorganisationen in ihren Beschlüssen bereits praktisch-politisch weiter sind als die Parteiführung“. ⁷⁶ Diese Linie wurde auch während der Kampagne zu den Bezirksdelegiertenkonferenzen der DKP im Vorfeld des 9. Parteitages Ende 1988 beibehalten, gleichzeitig aber neue Formen der Anbindung praktiziert. Mit dem Bezirkssekretariat Hamburg, einer Hochburg der Parteioption, wurde ein „Gemeinsame Arbeitsgruppe“ mit ZK und SED-Bezirksleitung Rostock zum Thema: „Wissenschaftlich-technische Revolution – Persönlichkeit – Demokratie im Sozialismus“ gebildet, eine weitere mit Baden-Württemberg zum Schwerpunkt: „Kampf für Frieden – Abrüstung – Rüstungskonversion“. ⁷⁷ Aber offensichtlich war dies noch nicht ausreichend. Am 8.5.1989 schrieb Axen an Honecker, noch stärker als bisher Einfluß auf eine Reihe Bezirkssekretariate zu nehmen, und erwähnte dabei wiederum insbesondere Hamburg. ⁷⁸ Damit war gleichzeitig die Verantwortlichkeit der Rostocker Bezirksleitung angezeigt. Deren 1. Sekretär Ernst Timm hatte bereits am Spitzentreffen des Politbüros mit der DKP-Führung am 15.10.1987 teilgenommen. ⁷⁹ Gemeinsam mit den Hamburgern versammelte man sich nun zur Sekretariatsberatung. Während Ernst Timm „den Grundsatz (bekräftigte), daß jedes Land und jede Partei den Weg eigenständig bestimmen“ müsse, zugleich aber hinzusetzte, „dennoch verbinden uns neben Traditionen aktuelle Herausforderungen und gemeinsame Verantwortung“, forderte der Hamburger Bezirksvorsitzende Wolfgang Gehrcke, „von der Oberfläche, der Erscheinung, zum Wesen des Meinungsstreites zu kommen“. ⁸⁰ Es war das letzte Treffen dieser Art. Hier wie anderswo hatten sich auch in den Bezirksbeziehungen die Gemeinsamkeiten weitgehend erschöpft.

Literatur/Unveröffentlichte Quellen

Georg Fülberth: KPD und DKP 1945–1990, Heilbronn 1990.

Patrick Moreau: Krisen und Anpassungsstrategien der kommunistischen Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 46–47/90, 9.11.1990, S. 38–53.

Ders.: Der Westdeutsche Kommunismus in der Krise. Ideologische Auseinandersetzungen und Etappen des organisatorischen Verfalls. In: Jahrbuch Extremismus und Demokratie. September 1990.

⁷⁶ Ebenda, IV 2/2.035/76 u. 77.

⁷⁷ Vgl. ebenda, IV 2/2.035/77.

⁷⁸ Ebenda.

⁷⁹ Vgl. Teil I. der Expertise.

⁸⁰ VLarchG, BL SED Ro., IV/E/2.3/275.